

HEINZ-PETER BECKER
BÜRGERMEISTER

ERHARD ENGISCH
BÜRGERMEISTER

Rathaus Mörfelden
Westendstraße 8
64546 Mörfelden-Walldorf

Rathaus Kelsterbach
Mörfelder Straße 1
65451 kelsterbach

Mörfelden-Walldorf und Kelsterbach, den 14.09.2007

Protokollnotiz zur Sitzung des RDF am 14. September 2007, TOP 3 Anti-Lärm-Pak(e)t

1. Mit Beschluß vom 15. Februar 2000 (Stadt Mörfelden-Walldorf) bzw. mit Beschluß vom 11. Mai 1998 (Stadt Kelsterbach) haben sich die jeweiligen Stadtverordnetenversammlungen der beiden Städte einstimmig gegen den Ausbau des Flughafens/Frankfurt/Main ausgesprochen. Daran hat sich nichts geändert. Auch der vom Vorsitzenden des RDF vorgelegte Vorschlag für einen Anti-Lärm-Pakt (Stand: 03. September 2007, eingegangen am 06. September 2007, 21.50 Uhr) - nachfolgend Konzeptvorschlag genannt - gibt keine Veranlassung, die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlungen abzuändern. Die Städte Mörfelden-Walldorf und Kelsterbach lehnen weiterhin den Flughafenausbau ab. Sie haben dementsprechend zur Wahrung ihrer Rechte im Planfeststellungsverfahren mehrfach umfangreiche Einwendungen (01. März 2005 und 04. Mai 2007, Stadt Mörfelden-Walldorf bzw. 01. März 2005 und 14. März 2007 Stadt Kelsterbach) erhoben und Stellungnahmen abgegeben.
2. Es gibt kein Verbot, aktive Schallschutzmaßnahmen zur Reduzierung des Fluglärms und des Roll- und Bodenlärms auch vor dem Ausbau eines Flughafens durchzuführen. Deshalb fordern die Städte Mörfelden-Walldorf und Kelsterbach bereits jetzt alle Maßnahmen zur Reduzierung des Fluglärms und des Roll- und Bodenlärms, die unabhängig vom Flughafenausbau durchgeführt werden. Sie sollen nicht erst das Prognosejahr 2020, sondern bereits den Ist-Zustand berücksichtigen.

3. Die Städte Mörfelden-Walldorf und Kelsterbach bedauern den erneuten Versuch der Luftverkehrswirtschaft, das von der Fraport AG beantragte Nachtflugverbot aufzuweichen. Angesichts der schon vorhandenen Lärmbelastung und der prognostizierten starken Zunahme des Lärms sind die vorgeschlagenen 15 Flugbewegungen in der Zeit von 23:00 Uhr bis 05:00 Uhr abzulehnen.
4. Der Konzeptvorschlag beinhaltet die persönliche Meinung des Vorsitzenden des RDF. Er hat 12 Punkte als Anti-Lärm-Pakt vorgeschlagen, die sich mit Ausnahme des Nachbarschafts- und Umwelthauses nicht an die Städte und Gemeinden richten, sondern die die sog. Luftverkehrsseite einschließlich der Fraport AG und die Hessische Landesregierung in die Pflicht nehmen sollen.

Weil die Städte Mörfelden-Walldorf und Kelsterbach deshalb nicht (Vertrags-) Partner eines Anti-Lärm-Pakts werden können, besteht auch für die Städte Mörfelden-Walldorf und Kelsterbach keine Veranlassung, dem Konzeptvorschlag ausdrücklich zuzustimmen oder ihn abzulehnen. Vor diesem Hintergrund ist die Behauptung in dem vorgelegten Konzeptvorschlag „Wer den Anti-Lärm-Pakt ablehnt, verhindert den Schutz der Bevölkerung,“ gegenüber den Städten Mörfelden-Walldorf und Kelsterbach substanzlos.

Objektiv betrachtet, handelt es sich bei den vorgeschlagenen 12 Punkten für einen Anti-Lärm-Pakt um ein Maßnahmenbündel, das ohne weiteres wohl nicht aufgeklopft und in einzelne Teile zerlegt werden soll. Deshalb verbietet es sich für die Städte Mörfelden-Walldorf und Kelsterbach auch, einzelne Maßnahmen losgelöst von anderen Maßnahmen inhaltlich zu beurteilen und zu bewerten.

5. Hervorzuheben ist aber die Tatsache, daß bis zur heutigen Sitzung (14. September 2007) des RDF praktisch keine ausreichende Zeit für eine inhaltliche Prüfung des Konzeptvorschlags verbleibt. Beispielsweise sind die angesprochenen Maßnahmen zum aktiven Schallschutz äußerst vage beschrieben worden; ihre Auswirkungen auf die jeweiligen Stadt oder Gemeinde können kaum sachgerecht ermittelt werden.

Der Vorsitzende des RDF hätte erwägen müssen, wie die Fraport AG verbindlich in die Pflicht genommen werden kann. Entsprechendes gilt für die sog. Luftverkehrsseite insgesamt. Seine Appelle an die Luftverkehrsseite oder - andererseits - Presseerklärungen der Luftverkehrsseite oder der Hessischen Landesregierung sind unverbindlich; sie schaffen kein Vertrauen und - vor allem - keine Planungssicherheit. Insbesondere hat es die

Landesregierung versäumt, die Beschlüsse des Landtages aus dem Jahre 2000 zum Mediationspaket umzusetzen, diese Tatsache stützt unsere dargelegte Einschätzung.

Hochachtungsvoll



Heinz-Peter Becker

Bürgermeister



Erhard Engisch

Bürgermeister